

Klar BURGDORF

Ausgabe 1/2009



Die Burgdorfer müssen für die schräge Preispolitik der Stadtwerke die Zeche zahlen.



Im Zeichen der Wirtschaftskrise

Die täglichen Schreckensmeldungen können einem schon das Frühstück verderben: Conti will das Reifenwerk dicht machen, Kurzarbeit bei Volkswagen, den Sozialversicherungen drohen hohe Schuldenberge und immer neue Milliarden für kriselnde Großbanken. Den

Leserinnen und Lesern dieser Zeitung fallen sicher noch mehr unerfreuliche Nachrichten aus den vergangenen Wochen ein.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise haben vor allem Reiche verursacht. Sie haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Gewinne in die eigenen Taschen gesteckt und hoch spekulativ angelegt, um maximale Renditen zu erzielen. Schließlich ist die Spekulationsblase geplatzt. Bezahlen soll das alles mal wieder der „kleine Mann“, die Gewinne in den Schatullen Weniger bleiben unangetastet. Der Antrag der FDP im Bundestag, die gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen und das Eindreschen sogenannter Leitmedien auf Hartz-IV-Empfänger gehen genau in diese Richtung. Da die Bundesregierung nur das macht, was die Reichen in diesem Land wollen, droht nach der Bundestagswahl im September ein regelrechter Sozialbetrug - ein Frontalangriff auf den Lebensstandard von Normalverdienern und Rentnern eingeschlossen. Schließlich geht es um die Frage, wer die Zeche für die Milliardenpakete bezahlen soll. Man sollte sich deshalb als Wählerin und Wähler dieses Mal doppelt genau überlegen, welcher Partei man seine Stimme gibt. Aber auch die Europawahl am 7. Juni ist nicht ohne. Die anderen Parteien finden den sogenannten Vertrag von Lissabon klasse. Dieser fördert Privatisierungen und schreibt Marktradikalismus als Grundlage für wirtschaftliches Handeln fest. Nur DIE LINKE im europäischen Parlament kämpft gegen diesen Freibrief zum weiteren massiven Sozialabbau.

Da die Wirtschaftskrise uns alle betrifft und viele Informationen in den Medien kaum oder nur verzerrt Gehör finden, berichtet diese Ausgabe von Klar.Burgdorf auch darüber. Aber natürlich fehlen auch die rein kommunalen Themen nicht. Wieder einmal greift die herrschende Burgdorfer Politik dem Bürger in die Tasche, brüskiert Radfahrer und schläft beim Zugverkehr am Wochenende. Doch lesen Sie selbst.

Viel Spaß mit Klar.Burgdorf!

Michael Fleischmann
Michael Fleischmann
Ratsherr des Linksbündnisses

Auf dem Rücken der Verbraucher

Die Burgdorfer Stadtwerke haben zum 1. Februar wieder einmal den Strompreis erhöht, diesmal um 1,61 Cent brutto pro Kilowattstunde. Schon in den beiden vergangenen Jahren erhöhte der Energieversorger den Strompreis drastisch. In dieser Zeit strich Mitgesellschafter E.on bundesweit höchste Gewinne ein. Die jüngste Preiserhöhung ist nicht nur ungerechtfertigt, sie wird auch schräg begründet. Angeblich soll der „gestiegene Beschaffungspreis an der Energiebörse“ der Grund sein. So steht es in einem Schreiben der Stadtwerke an die Kundinnen und Kunden. Das kann aber gar nicht der Grund sein, weil der Atomkonzern E.on fast den gesamten Strom selbst produziert. Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, die ungerechtfertigte Preiserhöhung zum 1. Februar dieses Jahres zu kippen, lehnten alle anderen Parteien im Rat ab. Mit dieser Entscheidung stellen sie sich auch gegen den Bund der Energieverbraucher. Die Strom- und Gaskunden würden „kräftiger als je zuvor“ von den Anbietern „ausgeplündert“, stellt Vorsitzender Aribert Peters fest. Die Verbraucher in Deutschland zahlten jedes Jahr Milliarden Euro zu viel und deutlich mehr als in vergleichbaren Ländern Mitteleuropas. Die Gewinne der Energieversorger seien deutlich höher als in allen anderen Branchen. E.on habe bei Strom und Gas auf allen Stufen der Erzeugung, Verteilung und des Vertriebs eine marktbeherrschende Stellung. Die Preise an der Strombörse seien „missbräuchlich

überhöht“, weil sie krass über den Erzeugungskosten lägen, betont Peters. Damit seien auch die Preise für den übrigen Strombezug außerhalb der Strombörse überhöht. Allein für die Nutzung der Stromnetze zahlten die Verbraucher jährlich rund 18 Milliarden Euro, investiert würden aber nur 2,4 Milliarden Euro. Den übergroßen Rest stecken die Energieversorger ein.

Rat soll Energiepreise genehmigen!

Damit in Zukunft die Preispolitik der Burgdorfer Stadtwerke etwas durchschaubarer wird, fordert der Antrag des Linksbündnisses auch, die Preise für Strom und Gas vom Rat genehmigen zu lassen. Das ist rechtlich möglich und unterstützt die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung. Sie profitieren von den Informationen der breiten Öffentlichkeit und können so Druck gegenüber den E.on-Vertretern aufbauen. Zugleich wird den Ratsvertretern in der Gesellschafterversammlung ein Teil des Verhandlungsdrucks genommen, weil sich der gesamte Rat erklären muss. Die Bürgerinnen und Bürger werden so eher bereit sein, die Energiepreise zu akzeptieren - eine runde Sache also, sollte man meinen. Trotzdem zeigten die anderen Parteien auch diesem Teil des Antrags die Rote Karte. „Das ist eine kurzsichtige Reaktion“, kommentiert LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann und verspricht, auch bei diesem Thema am Ball zu bleiben.

Die Wahrheit über Hartz IV

Einige Massenmedien verbreiten viel Unsinn

von Dr. Hartmut Mauch



Man kann wohl nicht bestreiten, dass immer mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Immer mehr müssen mit Hartz IV auskommen.

Sogenannte Leitmedien verbreiten viel Unsinn über Hartz-IV-Empfänger. Es ist deshalb an der Zeit, einige traurige Tatsachen klarzustellen. Ich beziehe als „Geringverdiener“ selbst aufstockende Hartz-IV-Leistungen und habe viele Mitbetroffene ehrenamtlich bei der Antragstellung beraten. Ich weiß also, wovon ich rede und was ich hier schreibe!

Zunächst ein kleiner Abstecher in die Geschichte von Hartz IV. SPD und Grüne hatten zum 1. Januar 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung zusammengelegt. Dadurch war die Arbeitslosenhilfe weggefallen. Diese ermöglichte Betroffenen nach dem Aus-



laufen des Arbeitslosengeldes I meist ein halbwegs menschenwürdiges Leben, weil sich die Höhe der Arbeitslosenhilfe am ehemaligen Arbeitseinkommen orientierte. Seit Hartz IV gehört das der Vergangenheit an. Nun bekommen alle gleich wenig Geld: Arbeitslose, die lange Zeit erwerbstätig waren, Jugendliche, die nach der Lehre nicht übernommen werden, Menschen, die bisher überhaupt keinen Job hatten und Obdachlose, die wieder sesshaft werden wollen.

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) setzt sich aus der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts von derzeit 351 Euro und der Leistung für Unterkunft und Heizung zusammen. Die Kosten für Warmwasser fehlen! Einen Anspruch auf Wohngeld haben ALG-II-Empfänger übrigens nicht, auch wenn Ex-Minister Wolfgang

Clement im Fernsehen das Gegenteil behauptete. Im Gegensatz zur früheren Sozialhilfe erhalten Betroffene heute auch kein Geld mehr, wenn sie notwendige Haushaltsgeräte brauchen oder anfallende Reparaturen bezahlen müssen. In dringenden Fällen ist nur ein Darlehen möglich, das die Arbeitslosen zurückzahlen müssen. Vom knappen Regelsatz werden

ihnen dann jeden Monat 35 Euro abgezogen.

Haben manche Arbeitnehmer noch weniger Geld?

Manche Mitbürger glauben, dass Arbeitnehmer mit niedrigem Lohn weniger Einkommen

haben als ein Hartz-IV-Empfänger und eigentlich gar nicht arbeiten müssten – zumal ihnen das immer wieder von den Medien eingetrichtert wird. Das ist kompletter Unsinn, weil sich auch Hartz-IV-Empfänger etwas dazuverdienen dürfen. Allerdings bleibt vom Zuverdienst nicht viel übrig wie das folgende Rechenbeispiel zeigt: Von einem Zuverdienst von 400 Euro monatlich verbleiben zunächst 100 Euro. Von den restlichen 300 Euro kommen noch 20 Prozent dazu, also 60 Euro, macht insgesamt 160 Euro. Aber die Sache hat noch einen Haken: Die zuerst genannten 100 Euro gelten als eine Art Werbungskostenpauschale – und das hat Auswirkungen. Wenn zum Beispiel jeden Monat 40 Euro Fahrtkosten anfallen, muss diese der Hartz-IV-Empfänger selbst zahlen. Diese 40 Euro werden ihm von den 160 Euro abgezogen, der Zuverdienst verringert sich auf 120 Euro. Wer noch höhere Fahrtkosten hat, ist selber Schuld.

Da am 27. September Bundestagswahlen sind, ist für alle Hartz-IV-Empfänger und die, die es noch werden, ein Rückblick auf das bisherige erbärmliche politische Geschehen höchst interessant (siehe Kasten).

Fazit: Bisher hat sich nur DIE LINKE für die sozial Benachteiligten eingesetzt!

Auf dem Rücken der Arbeitslosen

- 1. Januar 2005: SPD und Grüne führen Hartz IV ein, die bisherige Arbeitslosenhilfe entfällt.
- 20. Juli 2006: CDU/CSU und SPD verschärfen das Gesetz. Jugendliche Arbeitslose müssen jetzt bis zum 25. Lebensjahr bei ihren Eltern wohnen.
- 23. November 2006: Den Antrag der LINKEN im Bundestag, den Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen, lehnen CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne ab.
- 25. Januar 2007: Der Vater des Hartz-IV-Gesetzes, Peter Hartz, wird wegen Untreue zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.
- Ende 2007: Das Bundesverfassungsgericht erklärt die sogenannte Mischverwaltung in den Job Centern für grundgesetzwidrig. Bis heute liegt kein Korrekturvorschlag der Bundesregierung auf dem Tisch.
- 9. Oktober 2008: In einer bundesweit einzigartigen Resolution an die Bundesregierung fordert der Rat der Stadt Burgdorf mit den Stimmen aller Ratsmitglieder, den Regelsatz auf wenigstens 420 Euro zu erhöhen.
- 27. November 2008: Die Antwort der Bundeskanzlerin auf die Ratsresolution ist eine schallende Ohrfeige für die Ratsmitglieder und die Arbeitslosen. Ein Referent zitiert aus dem Sozialgesetzbuch und kommt zu dem Schluss, dass die Regelleistung von 351 Euro ausreichend sei.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. und
Redaktion: Michael Fleischmann
Layout: Markus Hintze
Herausgeber:
DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf
c/o Wolfgang Hauck
Scharlemannstraße 8
31303 Burgdorf

Auflage: 7.500 Exemplare

Demonstrationen gegen das Krisenmanagement der Bundesregierung

Diese Krise wird schlimmer als alles, was wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben. Sie berührt das kapitalistische Wirtschaftssystem in seinen Grundfesten. Wie bei allen Wirtschaftskrisen, so ist auch dieses Mal zu befürchten, dass Beschäftigte, Rentner, kleine Selbstständige und Arbeitslose die Zeche zahlen. Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze verlieren oder deren Löhne und Gehälter gekürzt werden.

Rentner, deren Altersvorsorge auf den Finanzmärkten „verbrennt“ oder von der Bundesregierung entgegen aller Beschwichtigungen gekürzt werden wird. Die Arbeitslosen, weil sie noch weniger Aussichten auf einen Job haben und gleichzeitig mit noch weniger Geld über die Runden kommen müssen. Dabei haben Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose die Finanz- und Wirtschaftskrise am allerwenigsten zu verantworten. Die Profiteure des Booms der vergangenen Jahre haben ihre Scherflein dagegen ins Trockene gebracht. Und wenn mal welche gehen müssen, fallen sie weich und sanft. Hartz IV droht keinem Ex-Konzernchef Zumwinkel, höchstens ein schlechtes Image – und selbst das ist bei Seinesgleichen nicht sicher. Unter dem trotzigem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ haben deshalb auch Vertreter der Burgdorfer LINKEN zusammen mit 25.000 anderen Kapitalismuskritikern am 28. März in Berlin demonstriert. Dazu aufgerufen hatten Gewerkschaften, DIE LINKE, die Globa-



Millionen droht sozialer Abstieg, DIE LINKE fordert deshalb einen Schutzschirm für Menschen!

lisierungskritiker von attac, Sozial- und Umweltgruppen. Zeitgleich gingen auch in Frankfurt am Main mehrere zehntausend Menschen auf die Straße. Am 16. Mai folgten weitere Demonstrationen mit noch deutlich mehr Teilnehmern.

Die Reichen sollen zahlen!

In diesem Land besitzen wenige Superreiche 3,7 Billionen Euro von insgesamt 4,7 Billionen Euro Volksvermögen. Vermögensbesitzer und Bankmanager haben sich in der Vergangenheit im weltweiten Casino eine goldene Nase „verdient“. Allein die Erträge der Banken aus Wertpapier- und Zinseinnahmen von Kreditgeschäften im Ausland betrugen in den vergangenen zehn Jahren rund 1,1 Billionen Euro. Der größte Teil davon wanderte in die Tresore der Finanzinstitute. Bankmanager und andere Vermögende sind nicht deshalb reich, weil sie etwas geleistet, sondern weil sie wirtschaftliche Macht haben. Auf der Demonstration in Berlin mahnte deshalb LINKEN-Fraktionschef

Gregor Gysi eine Vermögenssteuer an, die ihren Namen auch verdient sowie eine zeitlich befristete Sonderabgabe für Reiche. Großbanken müssten verstaatlicht und Massenentlassungen ohne Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat gesetzlich verboten werden. Viele Redner for-

derden in der Abschlusskundgebung eine Mindestrente von 1.000 Euro, kostenlose Bildung für alle, deutlich mehr Geld für Arbeitslose und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. All das ist locker bezahlbar: Allein eine fünfprozentige Steuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro würde jedes Jahr 80 Milliarden Euro in die Kassen spülen.

Bundesregierung schützt nur Banken und Zucker

Die Großbanken haben von CDU und SPD 500 Milliarden Euro Steuergeld erhalten. Dazu kommen weitere 200 Milliarden Euro, damit die Finanzinstitute ihre faulen Wertpapiere auslagern können. Für die Konjunktur, also gegen Arbeitslosigkeit, will die Bundesregierung dagegen in drei Jahren nur 80 Milliarden Euro geben. Diese Verhältnisse zeigen an, wohin die Reise geht. Appelle an die Herrschenden, doch auch mal Geld für die Menschen zu geben, führen deshalb in die Irre. Man darf doch nicht erwarten, als könnten uns diejenigen, die den Karren in den Dreck gefahren haben, nun auf einen guten Weg bringen. Das müssen wir schon selber tun! In den Betrieben muss der Appell an die Kolleginnen und Kollegen gehen, sich an Demonstrationen zu beteiligen. Auf Betriebsversammlungen müssen wir über die Ursachen und mögliche Lösungen der Krise sprechen und dürfen die Bühne nicht den Unternehmens- und Vorstandsvertretern überlassen. Es muss gelingen, möglichst viele Menschen aus ihrer Schockstarre zu bewegen. Wir müssen uns gegen das Wegducken engagieren. Das Burgdorfer LINKSBÜNDNIS wird sich deshalb auch in Zukunft an Demonstrationen gegen Turbokapitalismus und Abzocke beteiligen und vor Ort verantwortungsvolle Politik im Rat machen.



Gregor Gysi, Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, spricht zu den Demonstrantinnen und Demonstranten.

Region will schnelle S-Bahn am Wochenende streichen

Wie schon vor zwei Jahren, so will auch jetzt wieder die Region Hannover am Wochenende den Kurvenzug streichen. Der Zug verkehrt auf schnellem Weg zwischen Celle und Hannover an Lehrte vorbei. Diese attraktive S-Bahn, in die viele Fahrgäste einsteigen, soll ab 15. Dezember nicht mehr fahren. Der Hintergrund: Das Land Niedersachsen will den Zug nicht mehr bezahlen und die Region weigert sich, in die Bresche zu springen. Wenn diese S-Bahn am Wochenende nicht mehr fährt, verschlechtert sich die Zuganbindung von Burgdorf um 50 Prozent. Betroffen sind vor allem umweltbewusst handelnde Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Senioren und Menschen mit einem geringen Einkommen. Die Stadt verliert als Wohnort an Attraktivität. DAS LINKSBÜNDNIS hat deshalb einen Antrag im Rat gestellt, der die Region auffordert, das nötige Geld zu geben, damit der Kurvenzug weiterfahren kann. Einen ähnlich lautenden Antrag hatten vor zwei Jahren alle anderen Parteien abgelehnt - obwohl sich die Ratsvertreter eigentlich für die Interessen der Burgdorferinnen und Burgdorfer einsetzen sollten. Im Regionsparlament kämpft nur DIE LINKE dafür, dass der attraktive Zug bleibt.

Radler in Burgdorf leben gefährlich

Heute fahren in Burgdorf viel mehr Menschen mit dem Rad als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Da der Ausbau des Radwegenetzes dieser Entwicklung hinterherhinkt, verhalten sich manche Radler nicht verkehrsgerecht. Hinzu kommen wichtige Knotenpunkte, die oft nicht verkehrssicher sind. Vor allem die Tunnel am Bahnhof, unter der Bundesstraße 443 und am Finanzamt sind Nadelöhre zwischen City und Weststadt. Gleichzeitig wächst die Stadt im Nordwesten mit neuen Baugebieten, und Politik und Verwaltung planen den Verkehr an den Bedürfnissen der Radfahrer vorbei. Beste Beispiele sind die gefährliche Ausfahrt am Rewe-Markt in der City und die unmögliche Verkehrsführung zwischen Schillerslage und Burgdorf. Dort müssen die Radfahrer die Straße queren, um weiterfahren zu können. All das führt in Burgdorf zu immer mehr Unfällen mit Radlern, oft mit Verletzten. Polizei und Stadt setzen bisher allein auf Kontrollen. „Diese Strategie wird scheitern, weil die Verantwortlichen die Augen vor der Realität verschließen“, ist Michael

Fleischmann überzeugt. Der LINKSBÜNDNIS-Ratsherr hat deshalb beantragt, Gelder aus dem Konjunkturpaket II für den verkehrssicheren Ausbau wichtiger Radknotenpunkte zu geben - leider ohne Erfolg: Die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung im Bauausschuss Ende April, die anderen Parteien stimmten gegen den Antrag. „Der Radverkehr wird in Burgdorf stiefmütterlich behandelt“, kommentiert Dieter Hurcks, Ortsvorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC).



Am Finanzamttunnel müssen Radler in ein dunkles Loch fahren.

Linke Antworten auf die Krise

Fraktionschef im Landtag, Dr. Manfred Sohn, kommt nach Burgdorf

Durch die massive Wirtschaftskrise droht Millionen Menschen Arbeitslosigkeit und Armut. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Niedersächsischen Landtag, Dr. Manfred Sohn, hatte darauf bereits im Oktober vergangenen Jahres hingewiesen, als alle Welt noch von einer reinen Bankenkrise redete. Der Vater dreier Kinder und bekennende Marxist gibt in seinem Buch „Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler?“ linke Antworten auf die Krise. Er wird das Buch auf Einladung des LINKSBÜNDNISSES in Burgdorf in Auszügen vorstellen. Manfred Sohn möchte mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern darüber anhand aktueller Beispiele sprechen und freut sich auf eine angeregte Diskussion. Interessierte sind herzlich eingeladen:

Am: Mittwoch, 10. Juni
Um: 19 Uhr
Ort: Haus der Jugend,
Sorgenser Straße

Diesen Abschnitt bitte ausschneiden und einsenden an:

DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf,
c/o Wolfgang Hauck
Scharlemannstraße 8
31303 Burgdorf

Oder kopieren und faxen an: 05136/920 22 07
 E-Mail: mfleischmann@comlink.org
 Ich möchte weitere Informationen
 Ich interessiere mich besonders für:

.....

- Laden Sie mich bitte zu Ihrer nächsten Veranstaltung ein
- Halten Sie mich über Ihre Arbeit auf dem Laufenden
- Ich brauche Beratungshilfe wegen Hartz IV
- Ich möchte Mitglied werden

Meine Daten:
 Name:
 Adresse:
 E-Mail:
 Tel.: